

Per Email an den Innen- und Rechtsausschuss

Von: Eva-Maria Kellermann [<mailto:kellermann@wiso.uni-kiel.de>]

Gesendet: Donnerstag, 5. Januar 2017 12:30

An: Innenausschuss (Landtagsverwaltung SH)

Betreff: AW: Schriftliche Anhörung des Innen- und Rechtsausschusses zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der FDP, Gerichte und Staatsanwaltschaften in SH, Drucksache 18/4360

Sehr geehrte Frau Schönfelder,

der Landesverband Schleswig-Holstein des Deutschen Juristinnenbundes nimmt zu Ihrer untenstehenden Anfrage wie folgt Stellung:

„Der Landesverband Schleswig-Holstein des Deutschen Juristinnenbundes ist erfreut über die Zahl der als Richterinnen und Staatsanwältinnen beschäftigten Frauen. Die mit der Einstellung einer großen Anzahl von jungen Frauen einhergehenden Mutterschutz- und Elternzeiten sind bisher jedoch nicht ausreichend zu kompensieren. Für Elternzeiten von weniger als 6 Monaten, wozu auch die sogenannten „Vätermonate“ zählen, wird keine Vertretung zur Verfügung gestellt, so dass die Kolleginnen und Kollegen die fehlenden Arbeitskräfte auffangen müssen. Hier ist von Seiten der Landesregierung für eine solche Anzahl von Personalstellen zu sorgen, dass die im Dienst befindlichen Kolleginnen und Kollegen nicht dauerhaft durch die Notwendigkeit von Vertretungen überbelastet werden.“

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Eva-Maria Kellermann
(Vorsitzende des Landesverbandes Schleswig-Holstein des Deutschen Juristinnenbundes)

Dr. Eva-Maria Kellermann
Geschäftsführerin der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
Tel.: 0431/880 4581